

## **Beobachtungen zum Aussenhandel der Eurozone**

von Dieter Spethmann

Im Vorfeld der Europawahl geben sich EU, Eurostat und EZB besonders auskunftsfreudig – aber nur scheinbar. Bestimmte Umstände werden wie eh und je im Dunkeln gehalten. Dazu gehören Kapitalflüsse, die innerhalb des Eurosystems Jahr für Jahr Kaufkraft in dreistelliger Milliardengröße von Export-Überschussländern auf Export-Defizitländer übertragen. In diesen nämlich soll der Lebensstandard der Bürger nicht unter der Wettbewerbsschwäche ihrer Volkswirtschaften leiden – so ein von EU-Politikern frei erfundener Lastenausgleich. Dass damit der Lebensstandard der Bürger in den Überschussländern zwangsläufig gemindert wird, bleibt verschwiegen, auch von allen deutschen Politikern, die an diesem bösen Spiel mitwirken. Deshalb liegt die Kaufkraft des Bürgers im Überschussland Deutschland heute niedriger als 1989, vor Wiedervereinigung und Maastricht-Vertrag. Beispiel: Auf der Düsseldorfer Cecilienallee kann man sich heute aussuchen, welche Wohnung man mieten will – 1989 musste man noch Schlange stehen. Die deutsche Kaufkraft ist im Zeichen einer hinter dem politischen Vorhang praktizierten „EU-Solidarität“ dramatisch gesunken.

Platon sagt, wenn ein Bürger sich schlecht regiert fühle, sei seine eigene Apathie die Ursache. Deshalb führe ich mit Freunden Beschwerde gegen den Lissabon-Vertrag beim Bundesverfassungsgericht, und das Gericht teilt jetzt mit, hierüber am 30. Juni entscheiden zu wollen. Man wird also sehen. „Mehr als ein Warnschuss“ bewertet die FAZ diese Mitteilung. Ich bin optimistisch.

Trotzdem bleibe ich, wie immer schon seit dem Maastricht-Vertrag, der List der Geschichte auf der Spur, dem natürlichen Gegner jeder Bürokratie, also auch der Eurokratie. So berichten Dow Jones Newswires jüngst (am 29. Mai 2009) zu meinem Entzücken: „Für den Güterhandel wies die EZB einen Rückgang der Exporte der Eurozone auf saisonbereinigt 105,2 (Februar: 108,3) Mrd EUR aus, die Importe nahmen auf 106,9 (108,7) Mrd EUR ab. Für den Zwölfmonatszeitraum bis März ergab sich ein kumuliertes Leistungsbilanzdefizit von 102,2 Mrd EUR, 1,1% des aggregierten Bruttoinlandsprodukts des ... Währungsraums. Im Vergleichszeitraum bis März 2008 hatte sich lediglich ein kumuliertes Defizit von 11,2 Mrd EUR ergeben.“

Das ist ein Vorgang von enthüllender Dramatik. Er offenbart, dass das Defizit der Leistungsbilanz der Eurozone explosionsartig zunimmt, von rd 11 Mrd EUR im Vorjahr auf rd 102 Mrd EUR jetzt, das Neunfache oder +930%. Ein Menetekel an der Wand, vor die uns die Europapolitik unserer Regierung gefahren hat. Was läuft hier ab?

Alle 16 Mitgliedsstaaten der Eurozone mit einer Bevölkerung von 320 Millionen (aus insgesamt 500 Millionen in der EU27) sind importabhängig, vor allem in Rohstoffen. Ihre Fähigkeit und ihr Wille jedoch, für ihre Importe mit eigener Leistung zu bezahlen, waren und sind unterschiedlich ausgeprägt – trotz aller Hilfen, die das Welthandelssystem WTO zum Ausgleich solcher Defizite zur Verfügung stellt und die sehr weit gehen. Auf die Gründe dafür komme ich noch zu sprechen. In der Vor-Euro-Zeit führte solche Schwäche jede am Welthandel teilnehmende Volkswirtschaft dazu, alljährlich ihr Defizit durch Kreditaufnahme im Ausland finanzieren und diese zusätzliche Schuld in den Jahresausweis ihrer nationalen Notenbank einbeziehen zu müssen. Die dort gezeigten „Verbindlichkeiten gegenüber dem Ausland“ stiegen also Jahr für Jahr. Die als Gläubiger

gegenüberstehenden ausländischen Notenbanken waren jedoch scharfe Beobachter. Sie ahnten frühzeitig, wann die „Abwertung“ einer Schuldnerwährung zu befürchten war, und sicherten sich durch höhere Zinsen, so gut es ging. Kam die Abwertung, traf sie die Defizit-Volkswirtschaft insgesamt und damit alle ihre Bürger: Alle wurden ärmer. Der Vorteil, den sie aus den von anderen finanzierten Importüberhängen gehabt hatten, erwies sich als temporär.

Diese ökonomische Gesetzmäßigkeit wurde jedoch mit der Erfindung des Eurosystems für jeden Importeur/Staat beendet, der sich die Mühe der vollen Gegenleistung ab sofort nicht mehr machen mochte. Für ihn – es handelt sich um elf der 16 Mitgliedsstaaten – erfand die EU-Politik die Wonnen des Paradieses auf Erden. Der Defizitstaat importiert nämlich seit Euro-Beginn (1999) nach wie vor, was und wie viel er will, vermindert aber seine Bemühungen um Gegenleistungen oder stellt sie gänzlich ein und lässt – hier die Neuerung – die EZB für sein Defizit aufkommen. Das gilt heute für elf der 16 am Euro teilnehmenden Volkswirtschaften, nämlich (alle Zahlen jährlich in Milliarden USDollar, entnommen aus dem Londoner Economist) für Griechenland mit minus 49 oder 12,8% seines BIP, Portugal mit minus 28 oder 9,2% seines BIP, Spanien mit minus 145 oder 7% seines BIP, Italien mit minus 73 oder 2,5% seines BIP, Irland mit minus 13 oder ebenfalls 2,5% seines BIP, Frankreich mit minus 54 oder 2,3% seines BIP, Belgien mit minus 12 oder 1,8% seines BIP. Die Euro-Mitglieder Malta, Zypern, Slowenien und die Slowakei sind ebenfalls defizitär. Nur Deutschland, die Niederlande, Österreich, Finnland und Luxemburg erreichen aktive Handelsbilanzen. Für sie ergibt sich natürlich eine Verschlechterung in Relation zu den Verbesserungen, die die Defizitländer erfahren. Sie können nicht mehr autonom aufwerten und damit ihren Massenwohlstand stärken, so wie Deutschland es zwischen 1969 und 1989 mit Aufwertungen der DM um insgesamt 300% getan hatte: Aufwertung hatte Massenwohlstand geschaffen, denn das pro-Kopf-Einkommen des deutschen Bürgers lag 1989 in der Weltspitze.

Die Größenordnung, in der Euro-Defizitländer fremde Kaufkraft benötigen, um ihre Importüberhänge zu finanzieren, beläuft sich auf 430.000.000.000 USDollar (für April 2008 bis März 2009, alles lt Economist). Deutschland ist mit 194.000.000.000 dabei. Je nach Umrechnungskurs sind das bis zu 7% unseres BIP. Sie sind für uns futsch. Die FAZ hatte in einer ihrer Graphiken schon im Frühjahr 2008 diese Beiträge auf jeweils 180.000.000.000 Euro beziffert, ohne dass das zu einem politischen Echo geführt hätte.

Die Fatalität dieses Verfahrens zeigt sich auch an einer anderen Betrachtung. Würden die Überschussländer keinerlei Überschüsse mehr erzielen, müsste die EZB die genannten USDollar 430.000.000.000 in vollem Umfang durch Kreditaufnahme im Ausland abdecken. EZB-intern aber würden die Lasten hierfür (Zinsen, Tilgung) nicht den Defizitländern als Verursachern angelastet, sondern allen Euro-Teilnehmern nach ihrem EZB-Schlüssel. Deutschland wäre auch in diesem Fall mit 25% dabei, also mit dem Kapitaldienst auf USDollar 107.000.000.000, die sich Jahr für Jahr wiederholen, wenn nicht vergrößern. Fazit: Das Eurosystem ist für Deutschland ein programmiertes Verlustgeschäft, für das sich kein deutscher Politiker verantwortlich fühlt. So schlimm OPEL, Arcandor & Co auch sind - Der Euro ist unser Schicksal.

\*\*\*\*\*

Düsseldorf, am 3. Juni 2009

[www.eurospethmann.de](http://www.eurospethmann.de)